

DEUTSCHE WIRTSCHAFT

Deutsche Wirtschaftspolitik

Anfang 1958

Ein bedeutsames Kennzeichen der ersten Wochen des neuen Jahres ist, daß die Diskrepanz zwischen den Wahlversprechungen der Bundesregierung und den inzwischen geschaffenen Tatsachen durch eine Reihe von Preissteigerungen und die Ankündigung weiterer Belastungen und Opfer — vor allem im Zusammenhang mit der Rüstung — erneut größer geworden ist. Wir sind von dem Ziel einer harmonischen, in sich ausgewogenen und in sozialer Hinsicht gerechten Ordnung leider immer noch weit entfernt. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß wir dieses erstrebenswerte Ziel so schnell auch nicht erreichen. Das konjunkturelle Klima ist nicht sehr günstig, und die in der Wirtschaftspolitik sichtbar gewordenen Tendenzen sind unerfreulich.

Während im Laufe des vergangenen Jahres trotz der abgeflachten wirtschaftlichen Wachstumskurve und den damals schon bekannten Schwierigkeiten beim Ausgleich des neuen Haushalts die allgemeine Stimmung durchaus optimistisch war und Prof. Erhard den Slogan vom Wohlstand für alle verkündete, setzt sich jetzt immer mehr eine weniger hochgemute Beurteilung der Lage durch. Das kam schon in einem der Artikel des Bundeswirtschaftsministers zum Jahreswechsel zum Ausdruck. Er schrieb u. a., nur politische Schwärmer und Ideologen könnten noch länger verkennen, daß wir unter einer sich wandelnden politischen Konstellation vor neue Aufgaben gestellt seien und uns bewähren müßten. Wir könnten nichts gewinnen, aber mit Sicherheit alles verlieren, wenn es uns an der Klarheit und Einsicht ermangle, daß gerade in unruhe- und spannungsvollen Zeiten hinsichtlich der „Erfüllung nationalpolitischer Aufgaben“ nichts wichtiger sei als die Erhaltung und Sicherung einer guten wirtschaftlichen und finanziellen Ordnung. Wie er sich die Aufrechterhaltung der Ordnung vorstellt, hat Prof. Erhard wenig später in einer Ansprache im Bayerischen Rundfunk auseinandergesetzt. Da war von einem materiellen Opfer „zur Bewahrung des Lebens der Nation“ die Rede, von unserer Pflicht, einen angemessenen Beitrag zur Verteidigung der freien Welt zu leisten. Dann folgte die provozierende Erklärung, es stünde uns viel besser an, einmal ernsthaft die Frage zu prüfen, ob das deutsche Volk nicht bereit sein sollte, anstatt die 45-Stunden-Woche noch zu unterschreiten, wieder eine Stunde mehr zu arbeiten. Umrahmt war dieser überraschende Angriff auf die gewerkschaftliche Arbeitszeitpolitik von Belehrungen darüber, daß die uns gesetz-

Maße und die Grenzen der volkswirtschaftlichen Leistungskraft anerkannt werden müßten, weil nur dann die Fortführung einer guten Konjunktur bei stabilen Preisen gewiß sei.

Prof. Erhard war sich wahrscheinlich von vornherein im klaren, daß seine Bemerkungen scharfe Proteste auslösen würden. Wenn er sie trotzdem gemacht hat, muß es um die Finanzierung der Rüstung tatsächlich schlechter bestellt sein und müssen die Lasten, die das deutsche Volk dabei zu tragen hat, schwerer wiegen, als man bisher angenommen hat. Diese Rede, die man wohl im Zusammenhang mit der Ansprache sehen muß, in der der Bundeskanzler die atomwaffenfreie Zone ablehnte und damit praktisch die Fortsetzung des Rüstungswettlaufs akzeptierte, enthielt alle Zutaten einer psychologischen Vorbereitung unserer Bevölkerung auf die Gegenüberstellung mit dem unerquicklichen Tatbestand, daß die „fetten* Jahre endgültig vorbei sind, ehe alle sozialen Schichten überhaupt richtig etwas davon hatten.

Der Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat eine Politik, die ohne Rücksicht auf Gesundheit, Familie und Kulturstand unseres Volkes die Aufrüstung vorantreiben will, scharf abgelehnt. Es ist gar keine Frage, daß eine Verlängerung der Freizeit ein dringendes Gebot der Stunde ist. Die nervenzerüttende Hetze des industriellen Alltags hat die Zahl der vorzeitig aus dem Arbeitsprozeß ausscheidenden Arbeiter und Angestellten in alarmierender Weise vermehrt. Die Bundesrepublik ist mit der hier üblichen Arbeitszeit keineswegs ein Vorbild, sondern eher so etwas wie ein minderentwickeltes Gebiet. Bei uns wird es höchste Zeit, daß man mit der Verwirklichung des Grundsatzes „Wir leben nicht, um zu arbeiten, sondern wir arbeiten, um zu leben“ endlich Ernst macht.

*

Von diesen Aspekten einmal abgesehen, geht Erhards Schuß gegen die Gewerkschaften auch wirtschaftlich ins Leere. Die Verkürzung der Arbeitszeit hat die Leistungskraft der deutschen Industrie bisher keineswegs beeinträchtigt. Schon in ihrem Novemberbericht hat die Deutsche Bundesbank darauf aufmerksam gemacht, daß die Produktionselastizität größer sei, als im Hinblick auf die wachsende Verknappung der Arbeitskraftreserven und die raschen Fortschritte in der Verkürzung der Arbeitszeit zunächst erwartet werden konnte. Das Produktionsergebnis je geleistete Arbeiterstunde war im dritten Quartal 1957 um 7,2 vH höher als in der entsprechenden Zeit des Vorjahres. Der durch die Verkürzung der Arbeitszeit entstandene Ausfall der je Arbeiter geleisteten Arbeitsstunden um knapp 6 vH sei damit überkompensiert worden, während ihn der Neuzugang an Beschäftigten im Umfang von 3 vH nur etwa zur Hälfte ausglich.

Zum gleichen Thema meldete das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung Berlin, daß die individuelle Arbeitszeit im Durchschnitt der gesamten Industrie während der ersten drei Quartale 1957 um 4,4 vH kürzer war als zur gleichen Vorjahrszeit. „Das Produktionsergebnis je Arbeiterstunde war für die gesamte Industrie nach den Berechnungen des Statistischen Bundesamtes in der gleichen Zeit um rund 8 vH höher als im Vorjahr. Das ist weit mehr, als man ohne Arbeitszeitverkürzung auf Grund der Steigerung der Kapitalintensität am einzelnen Arbeitsplatz und der Anpassung der menschlichen Kenntnisse und Fähigkeiten an diese Steigerung hätte erwarten können.“ Das Produktionsergebnis je Arbeiterstunde hat im Bergbau um 3 bis 4 vH zugenommen, in den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien um rund 8 vH. Besonders hoch war die Effizienzsteigerung in der chemischen Industrie, wo sie mit 12 vH jeden Jahreszuwachs seit 1950 übertraf. In den Verbrauchsgüterindustrien hat die Steigerung des Produktionsergebnisses je Arbeiterstunde fast 10 vH betragen.¹⁾

In den Vierteljahrsheften des Berliner Instituts heißt es, daß der gesamtwirtschaftliche Effizienzzuwachs je geleistete Arbeitsstunde, vor allem durch den ungewöhnlich hohen Produktivitätsfortschritt im industriellen Bereich, im vergangenen Jahr ständig außergewöhnlich hoch war. Der reale Zuwachs des Bruttosozialprodukts wurde so bei verringerter Zunahme der Beschäftigung und rückläufiger Wochenarbeitszeit zu mehr als drei Vierteln aus dem Produktivitätszuwachs bestritten. Die durch die fortschreitende Arbeitszeitverkürzung bedingte Abnahme der geleisteten Arbeitsstunden wurde durch den erhöhten Ausstoß je Arbeitsstunde nicht nur ausgeglichen, sondern überkompensiert. Der den Erzeugungszuwachs im industriellen Bereich übersteigende Produktivitätszuwachs ermöglichte so nicht nur die tariflich erzwungene Arbeitszeitverkürzung ohne Gefährdung des Wachstums, sondern umgekehrt verhinderte die Arbeitszeitverkürzung wiederum konjunkturelle Unterbeschäftigung.

Hat also der Produktivitätszuwachs den durch die Verkürzung der Arbeitszeit entstandenen Ausfall an geleisteten Arbeitsstunden mehr als ausgeglichen, so daß die Bedenken Erhards an der Wirklichkeit vorbeigehen, bleibt seine Attacke in diesem Augenblick auch aus beschäftigungspolitischen Gründen unerfindlich. Die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik ist in diesem Winter unerwartet hoch. Im Dezem-

1) Den Zahlenangaben in unserer Übersicht über die Situation der deutschen Wirtschaft liegen im wesentlichen die Monatsberichte der Deutschen Bundesbank vom November und Dezember 1957, die „Wochenberichte des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung Berlin vom 20. Dezember 1957 und vom 10. Januar 1958, das Vierteljahrsheft zur Wirtschaftsforschung, Viertes Heft 1957, sowie die Börsenbriefe der Berliner Bank zugrunde.

ber wurden über 1,2 Mill. Erwerbslose gezählt. Das waren rund 11 vH mehr als Ende 1956. Der starke Anstieg um 734 000 von Ende November bis Ende Dezember beruhte fast zu zwei Dritteln auf Kündigungen im Bauhauptgewerbe — was durch die Witterungsverhältnisse allein nicht verursacht sein konnte. Viele Firmen haben ihren Arbeitern vor Weihnachten gekündigt, um sich so um die Bezahlung der gesetzlichen Feiertage herumzudrücken. Hinzu kommt aber wohl eine vorsichtige Beurteilung der künftigen Entwicklung durch die Unternehmer.

Die Produktion im Bauhauptgewerbe lag im dritten Vierteljahr 1957 um 15 vH, im Oktober um 11 vH und im November immer noch um 6 vH unter dem Vorjahrsniveau. Zum erstenmal nach dem Krieg blieb die Bauproduktion 1957 unter dem Stand des Vorjahrs. 1956 hatte die jährliche Zuwachsrate des realen Bauvolumens noch 8,3 vH betragen. Sie sank 1957 auf minus 2,4 vH. Wie aus unseren Zahlen hervorgeht, hat auch die von vielen Seiten erwartete Herbstkonjunktur zu Wünschen übriggelassen. Der rückläufige Trend im abgelaufenen Jahr hat übrigens Preissteigerungen um etwa 2,4 vH keineswegs verhindert. Da der Wohnungsman- gel immer noch eklatant ist, sollte es einer klugen Wohnungsbaupolitik gelingen, bald eine Wendung zum Besseren eintreten zu lassen. Die Chancen sind gut. Das mit den Wohnungsbau- ministern der Länder aufgestellte Wohnungs- bauprogramm sieht für 1958 ein Volumen von rund 500 000 Einheiten vor. Hier soll eine Gesamtfinanzierung von 12 Md. DM ermöglicht werden.

Die Diskontsenkung hat die Aussichten für billigeres Baugeld verbessert. Während 1957 am freien Baumarkt Hypotheken zu durchschnittlich 8,5 vH Zinsen vergeben wurden, ist jetzt die Ausgabe von siebenprozentigen Pfandbriefen im Gange. Es wird sogar — wenn auch mit vielen Vorbehalten — davon gesprochen, daß im Frühjahr ein sechseinhalbprozentiger Pfandbrieftyp aufgelegt wird.

*

Die konjunkturelle Entwicklung verlief in den einzelnen Wirtschaftszweigen natürlich sehr unterschiedlich, und es wäre verfehlt, etwa aus der Lage in der Bauwirtschaft verallgemeinernde Schlüsse hinsichtlich der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zu ziehen. Im Vergleich zu anderen europäischen Staaten wie auch zu den USA befinden wir uns noch in einer relativ günstigen Situation. Während sich das wirtschaftliche Wachstum in der westlichen Welt in den letzten Monaten weiterhin verlangsamt hat, hat sich die Anfang 1956 einsetzende Verringerung des Wachstumstempos im Laufe des Jahres 1957 in der Bundesrepublik nur noch in geringerem Umfang fortgesetzt. Auch 1958

wird der Trend weiter nach oben gerichtet sein, allerdings dürfte die Kurve noch etwas flacher werden. Die Verlangsamung der Auslandsnachfrage und ein nicht zuletzt auf politische Unsicherheitsgefühle zurückzuführender Konjunkturpessimismus werden sich als Hemmschuhe bemerkbar machen, denen als Auftriebskräfte jedoch die steigenden Verteidigungskosten gegenüberstehen. Kontraktive und expansive Strömungen sind also zur gleichen Zeit wirksam. Es ist unmöglich, heute schon sagen zu wollen, welche sich stärker durchsetzen werden. Das Wirtschaftswissenschaftliche Institut der Gewerkschaften kommt in seiner Konjunkturberichterstattung zu dem Schluß, die Auswirkungen der erfolgreichen Lohnpolitik des letzten Jahres und die anhaltend hohen Rationalisierungseffekte, die nicht zuletzt durch die Arbeitszeitverkürzung ausgelöst wurden, böten immer noch einen Spielraum für eine weitere Ausdehnung der Industrieproduktion. Das industrielle Wachstum könnte aber nunmehr schwieriger werden, wenn der vermehrte Rüstungsaufwand künftig einen größeren Teil des möglichen Zuwachses am Sozialprodukt beansprucht und damit Wachstumsstörungen aufreten.

Nach vorläufigen Schätzungen erreichte das Bruttosozialprodukt im Jahre 1957 in jeweiligen Preisen eine Höhe von 209 Md. DM, in Preisen von 1950 waren es 169 Md. DM. Die reale Zuwachsrate lag zwischen 5 und 6 vH, 1955 waren es noch 11 vH, 1956 rund 6 bis 7 vH. Nicht ganz die Hälfte des erzielten Zuwachses entfiel auf die industrielle Erzeugung. Die gesamte industrielle Produktion nahm im Jahre 1957 gegenüber dem Vorjahr nach den Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung um 5,2 vH zu. Dieser Jahreszuwachs war der niedrigste seit der Währungsreform. Im November hatte der Index der Industrieproduktion mit 249,3 vH seines Standes von 1936 seinen bisher höchsten Stand erreicht. Die eigentliche Ursache für das verringerte Wachstum sieht das Institut darin, daß die Inlands- und neuerdings auch die Auslandsnachfrage nach Industrieerzeugnissen, insbesondere nach Investitionsgütern, nur noch sehr langsam anstieg und dabei in vielen Bereichen sogar hinter der laufenden Produktion zurückblieb. Die Auftragsbestände nahmen also ab, womit der Impuls für eine kräftigere Produktionssteigerung fortfiel.

Interessant ist die Entwicklung in den einzelnen Industriezweigen. Im Bergbau nahm die Produktion um etwa 2,5 vH zu. Gegenüber 1956 hat sich die Wachstumsrate damit fast halbiert. Im Steinkohlenbergbau allein reichte die Förderung nicht ganz an die des Vorjahres heran. Der ursprünglich erwartete Förderausfall wurde jedoch infolge der beträchtlich erhöhten Leistung des Bergmanns bei weitem nicht erreicht. Bei den Grundstoff- und Produk-

tionsgüterindustrien belief sich der Zuwachs auf 5,2 vH gegenüber 7,2 vH von 1955 auf 1956. Die Investitionsgüterindustrien verzeichnen eine Erzeugungssteigerung von 3,6 vH (Vorjahr 8,8 vH). Hier zeigt sich die Stagnation der Investitionstätigkeit besonders deutlich. In der elektrotechnischen Industrie und im Fahrzeugbau konnte die schwache Nachfrage der Investoren im Inland allerdings durch zunehmende Ausfuhren und die Nachfrage der privaten Haushaltungen nach langlebigen Gebrauchsgütern ausgeglichen werden. In den Verbrauchsgüterindustrien ist der Vorjahresstand um 5,4 vH (Vorjahr 8,3 vH) übertroffen worden. Bemerkenswert ist dabei, daß die Ergebnisse der Druckereien überdurchschnittlich anstiegen. Hierin kommt die ungünstige Absatzlage einiger Teile der Wirtschaft zum Ausdruck. Durch verstärkte Werbung wird offenbar versucht, verlorengegangenes Terrain zurückzugewinnen. Die Nahrungs- und Genußmittelindustrien haben ihre Produktion noch stärker erhöht als die traditionellen Konsumgüterzweige, nämlich um 8,8 vH (Vorjahr 7,3 vH). Das ist auf die Zahlungen im Rahmen der Rentenreform zurückzuführen, was nachträglich noch einmal vor Augen führt, wie schlecht die Situation der Sozialleistungsempfänger gewesen sein muß. Hier konnte offensichtlich jahrelang der Bedarf an elementaren Verbrauchsgütern, insbesondere auch an Nahrungsmitteln, nicht befriedigt werden.

Im Rahmen der landwirtschaftlichen Produktion interessiert die Entwicklung der Schweinehaltung und des Anbaus von Zuckerrüben. Die Endverkaufspreise für Schweinefleisch halten sich seit Wochen auf einem hohen Niveau, die Rübenpreise und damit der Zucker sind teurer geworden. Nach vorläufigen Schätzungen sind 1957 die zweitbesten Erträge an Zuckerrüben seit Kriegsende erzielt worden. Bei annähernd gleichem Zuckergehalt der Rüben wie im Vorjahr wird mit einem Aufkommen von 1,45 Mill. Tonnen Rohzucker gerechnet. Das wären 300 000 mehr als 1956. Der Schweinebestand wies mit 15,7 Mill. Tieren im September 1957 eine bisher nicht vorhandene Höhe auf. Als Folge dieses überhöhten Schweinebestandes wird bis August 1958 mit einem Mehranfall von 1,5 Mill. Schlachtschweinen gerechnet. Ob sich das endlich auch in den Preisen bemerkbar macht?

*

Die wichtigsten Träger der wirtschaftlichen Expansion waren 1957 die Ausfuhr, die um 15 vH, und der öffentliche Verbrauch, der um 12,5 vH zunahm. Die reale Zuwachsrate des privaten Verbrauchs machte demgegenüber nur 6 vH aus. Er spielte also nicht mehr die dominierende Rolle wie ein Jahr zuvor. Diese Entwicklung ist nicht zuletzt auf das beträchtliche Ansteigen der privaten Ersparnisbildung zurückzuführen.

Der Wert der -westdeutschen Ausfuhr belief sich 1957 schätzungsweise auf 36 Md. DM, die Importe erhöhten sich auf 31,5 Md. DM. Der Aktivsaldo der Handelsbilanz hatte also eine Höhe von 4,5 Md. DM gegenüber nicht ganz 2,9 Md. DM Ende 1956.

Die Devisenreserven der Deutschen Bundesbank haben sich um insgesamt 5,8 Md. DM erhöht. Sie werden zum 31. Dezember 1957 mit 23,84 Md. DM ausgewiesen. Das sind etwa 33 vH mehr als im Vorjahr. (1956 belief sich der Devisenzuwachs auf 4,9 Md. DM.) Der Devisenzugang wäre noch höher gewesen, wenn nicht sehr bedeutende einmalige Zahlungen an das Ausland hätten geleistet werden müssen. Seit Oktober, wo sie einen Rekordstand von 24,4 Md. DM hatten, sind die Währungsreserven um 600 Mill. DM zurückgegangen. Dieser Abfluß von Devisen dauerte bis in die letzten Wochen des alten Jahres an. Dabei handelte es sich vor allem um den Abzug spekulativer Auslandsgelder. Dann kommt darin die Verschlechterung der Zahlungsbedingungen und schließlich die Auffüllung der Auslandsguthaben der Geschäftsbanken zum Ausdruck. Trotz der Verringerung des Devisenzuwachses bleibt das Problem des hohen Zahlungsbilanzüberschusses jedoch bestehen. Auch 1958 werden deshalb alle Anstrengungen gemacht werden müssen, um durch erhöhte Importe, durch Zollsenkungen usw. einem Ausgleich näherzukommen.

Angesichts der Schwächezeichen auf wichtigen Absatzmärkten (in den USA arbeitete die Industrie im Spätherbst 1957 mit einer durchschnittlichen Kapazitätsausnutzung von etwa 82 vH) ist allerdings nicht damit zu rechnen, daß die Zuwachsraten im Export auf der bisher üblichen Höhe verbleiben. Im Oktober waren die Auftragseingänge aus dem Ausland nur noch um 1 vH höher als der Wert der gleichzeitigen Lieferungen. In den vorhergehenden Monaten lagen die Bestelleingänge sogar unter den entsprechenden Exporten. Im November stieg der Wert der Auslandsaufträge im Vergleich zum Vormonat um nur 1 vH. Gegenüber November 1956 war er um 21 vH niedriger (im Oktober waren es 5 vH weniger). Am stärksten betroffen von der rückläufigen Auslandsnachfrage sind die Grundstoffindustrien, bei denen die Bestellungen gegenüber Oktober 1957 um 11 vH und gegenüber November 1956 um 25 vH abnahmen. Im Investitionsgütersektor konnten um 12 vH höhere Aufträge gebucht werden als im Oktober, die Bestellungen blieben aber auch hier um 20 vH unter dem Vorjahrsmonat. Die Verbrauchsgüterindustrien verzeichneten gegenüber dem Vormonat einen wertmäßigen Rückgang um 2,5 vH, gegenüber dem Vorjahr um 17 vH.

Die Frage ist, ob durch höhere Inlandsaufträge ein Ausgleich geschaffen werden kann. Das Bundeswirtschaftsministerium ist der Meinung, daß in der Binnenwirtschaft genügend

Auftriebskräfte vorhanden sind, die der Gesamtnachfrage Impulse verleihen können. Als Beweis dafür wird angeführt, daß bei der im Oktober und November feststellbaren Wiederbeschleunigung der gesamten Produktionsentwicklung (der Anstieg der Industrieproduktion von Oktober zu November betrug 6 vH) die Investitionsgütererzeugung die entscheidende Rolle spielte. Sie nahm im November um 9 vH zu, ein Anstieg, wie er weder im vorjährigen November noch im gleichen Monat früherer Jahre zu verzeichnen war. Die Zuwachsrate gegenüber dem Vorjahr machte 6,5 vH aus.

Die Auftragseingänge sind nicht so erfreulich. Der Vorjahresstand wurde im November um 8,8 vH unterschritten, während die Inlandsnachfrage nach Industriegütern im zweiten Vierteljahr noch um 2,3 vH und im dritten Vierteljahr noch um 1,2 vH über der entsprechenden Vorjahrszeit lag. Am heftigsten war der Nachfrageausfall bei den Verbrauchsgüterindustrien mit minus 19 vH, wesentlich geringer bei den Grundstoffen mit minus 6,4 vH und am kleinsten bei den Investitionsgüterindustrien mit nur minus 0,5 vH. Allerdings sollte man angesichts dieser Zahlen — sowohl was die Inlands- als auch was die Auslandsaufträge betrifft — nicht in Kassandraruhe ausbrechen. Man muß bedenken, daß die Aufträge im November 1956 auf Grund des Suezkonfliktes in die Höhe geschneit sind, so daß Vergleiche mit diesen außergewöhnlichen Steigerungen ein schiefes Bild ergeben. Die Berliner Bank zieht zum besseren Vergleich den letzten Vor-Suez-November heran, wonach die Bestelleingänge aus dem Inland um 2,2 vH gewachsen, die aus dem Ausland sogar um 10,4 vH zugenommen hätten. „Diese Fortschrittsraten sind zwar, da sie das Wachstum über einen Zweijahreszeitraum messen, nicht gerade sehr hoch, doch kann jedenfalls von einer sensationellen Verschlechterung der Bestelltätigkeit keine Rede sein.“ Das ändert aber leider nichts an der Tatsache, daß der Auftragseingang auch im Dezember insgesamt häufiger zurückging, als von den industriellen Unternehmern erwartet worden war.

*

Einen beträchtlichen Unruhe- und Unsicherheitsfaktor stellen die öffentlichen Ausgaben dar. Schon in ihrem Gutachten über die Lage der westdeutschen Wirtschaft um die Jahreswende 1957/58 weist die Arbeitsgemeinschaft wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute darauf hin, daß nach der langen Periode kontraktiv wirkender Kassenüberschüsse der öffentlichen Haushalte um die Jahresmitte 1957 bei anhaltender Verlangsamung des Wachstums der Steuereinnahmen eine Phase begann, in der die Einkommen und die Nachfrage durch Kassendefizite expansiv beeinflußt wurden. Die für die erste Hälfte des Jahres 1958 zu erwartende Kassenentwicklung der öffentlichen Haushalte

werde die Expansion der Gesamtnachfrage stärker bestimmen als alle anderen in dieser Richtung wirkenden Kräfte. Es sei wünschenswert, daß die öffentlichen Ausgaben soweit wie möglich reduziert werden, insbesondere dort, wo sie zur Steigerung der Produktivität kaum oder gar nicht beitragen.

Für die Verwässerung der Kaufkraft der Deutschen Mark drohen von dieser Seite die größten Gefahren. Denn die Finanzierung der immer höher statt niedriger werdenden Ausgaben, insbesondere des Bundes, stößt auf fast unüberwindliche Schwierigkeiten. Das Volumen des Bundeshaushalts stellte sich 1952 noch auf 23 Md. DM, 1957 betrug es über 37 Md. DM, im neuen Haushaltsjahr wird es auf fast 39 Md. D-Mark wachsen. Zum Ausgleich des Haushalts kann der Bundesfinanzminister zwar noch auf Kassenreserven im Werte von etwa 3 Md. DM zurückgreifen, die aber, soweit sie nicht im Ausland ausgegeben werden, inflationär wirken. Daß dieser Rest aus dem „Juliusturm“ noch verfügbar ist, liegt daran, daß die Haushaltsansätze für den Aufbau der Bundeswehr höher waren als die tatsächlichen Ausgaben. Schon in diesem Jahr wird das anders sein.

Nach den bisher bekanntgewordenen Plänen verschluckt die Rüstung bis zum Ende des Rechnungsjahres 1960/61 insgesamt rund 52 Md. D-Mark. Dabei handelt es sich um einen Minimalbetrag. Wenn die Bundeswehr völlig neue Waffen, etwa Raketen, anschafft, erhöht sich die Summe automatisch. Bis 1960 werden wir, die jetzigen Steuersätze und Planungen zugrunde gelegt, mit einem Haushaltsdefizit zwischen 12 bis 15 Md. DM rechnen müssen.

Angesichts dieser Finanzlage ist mit Steuer-senkungen, wie sie von mancher Seite erhofft worden waren, natürlich nicht zu rechnen. Eher ist — auf längere Sicht — anzunehmen, daß die Steuern erhöht werden oder die vieldiskutierte Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer erhoben wird. Da solche Pläne natürlich auf heftigsten Widerstand stoßen, versucht die Bundesregierung vorläufig, das Defizit durch den Abbau von Subventionen zu verringern, was zu einer Beschleunigung des Preisanstiegs und zu einer Verminderung des Lebensstandards führt. Doch scheint man in Bonn diese Folgen in Kauf zu nehmen.

Im Bundeswirtschaftsministerium nennt man den Abbau der Subventionen einen „systematischen Prozeß der Preisentzerrungen“, die dazu dienen sollen, einmal die haushaltswirtschaftlichen Grundlagen zu festigen und das Auftürmen von zuletzt immer inflationistisch wirkenden Subventionen zu verhindern, andererseits aber auch der Marktwirtschaft durch die Unterbindung immer neuer Preisverfälschungen weiter zu ungestörter Funktion zu verhelfen. Das klingt sehr eindrucksvoll, ist aber nichts anderes als eine Verbrämung der Tatsache, daß die Verbraucher künftig für zahlreiche Güter des

täglichen Bedarfs mehr bezahlen müssen. Mit der Brotpreissteigerung fing es an, die Erhöhung des Zuckers folgte, die Tarifierhöhungen bei der Bundesbahn setzten die Reihe fort, die Angleichung der Altbaumieten, die Heraufsetzung der Postgebühren, der Strom- und Gaspreise stehen zur Diskussion, um nur ein paar Gebiete zu nennen, die von der „Generalbilanz der Preise“ erfaßt werden. Der „kleine Mann“ muß also wieder einmal die Suppe auslöffeln, obwohl „die sogenannte Rüstungswirtschaft keine irgendwie geartete Störung der materiellen Grundlagen mit sich bringen“ dürfte, wenn das wahr wäre, was Prof. Erhard noch 1955 hochtönend erklärt hat.

Der Trend der Entwicklung der Lebenshaltungskosten, der sich 1957 zeigte, wird sich also 1958 wohl in gleicher Richtung fortsetzen. Im Laufe des letzten Jahres erhöhte sich der Lebenshaltungsindex um 3,3 vH. Am stärksten war die Steigerung bei Bekleidung mit 5 vH, darauf folgten die Ernährungsgüter mit 3,8 vH, Hausrat mit 3,7 vH, Reinigung und Körperpflege sowie Bildung und Unterhaltung mit je 3,6 vH, Ausgaben für den Verkehr mit 3 vH, Heizung und Beleuchtung mit 2,7 vH, Mieten mit 1,4 vH. Der Index der Verkaufspreise des Einzelhandels hat sich seit Dezember 1956 um fast 3 vH erhöht.

*

Trotz des anhaltenden Preisanstiegs, den sie mit ihren diskontpolitischen Mitteln doch nicht bremsen kann, hat die Deutsche Bundesbank am 16. Januar beschlossen, den Diskontsatz um $\frac{1}{2}$ vH auf $3\frac{1}{2}$ vH zu senken. Sie trug dabei der konjunkturellen Abschwächung Rechnung, wie auch der sich in den ersten Januarwochen wieder erheblich vergrößernden Geldschwemme, die zu einem starken Rückgang der Geldmarktsätze geführt hatte. Daß die Banken sich trotz ihrer hohen Liquidität, insbesondere was die kurzfristigen Kredite an Wirtschaftsunternehmen und Private anbetrifft, die den konjunkturell wichtigsten Faktor des Aktivgeschäfts der Kreditinstitute bilden, seit langem einer bemerkenswerten Zurückhaltung befleißigen, mag der Notenbank ihren Schritt noch erleichtert haben.

Die Zentralbank hat mit der Diskontsenkung die seit September 1956 betriebene vorsichtige Politik der Krediterleichterung fortgesetzt. Sie blieb dem noch von der alten Notenbankleitung aufgestellten Grundsatz treu, daß die Bankrate nicht höher sein soll, als es die währungs- und kreditpolitische Situation erfordert. Jetzt liegt der Diskontsatz wieder auf der Höhe, die er in der Zeit von Anfang August 1955 bis März 1956 hatte. Seinerzeit war der Diskontsatz kurz hintereinander um jeweils 1 vH hinaufgesetzt worden, weil die Konjunktur sich in einem beängstigenden Tempo heiß lief. Außenwirtschaftlich hat die neue Lockerung den Vorteil, daß sie das Gefälle zu den

ausländischen Geld- und Kapitalmärkten mit ihren niedrigen Zinssätzen verringert. Durch die Diskrepanz zwischen der deutschen und der ausländischen Zinshöhe ist ja die Währungsspekulation der vergangenen Zeit und die ganze Problematik der importierten Liquidität ausgelöst und geschürt worden.

Es kann aber, darauf muß ausdrücklich hingewiesen werden, keine Rede davon sein, daß die Notenbankpolitik jetzt weicher würde. Außer der Diskontsenkung sind keine anderen Lockerungen vorgenommen worden, weder wurden die Mindestreservesätze ermäßigt noch die Rediskontkontingente der Geschäftsbanken verändert. Es ist nicht zu bezweifeln, daß der währungspolitische Kurs auch nach der Diskontsenkung darauf gerichtet ist, die Stabilität der Deutschen Mark zu erhalten und weder eine

unerwünschte Kreditausweitung noch eine allzu massive Preissteigerung zuzulassen. Der neue Bankpräsident und der Vizepräsident, Karl Blessing und Heinrich Tröger, geben die Garantie, daß die Zentralbank ihre Aufgabe, Hüterin der Währung zu sein, mit dem gleichen Verantwortungsbewußtsein erfüllt, wie man es bisher gewöhnt war. Angesichts der vom Bundeshaushalt drohenden Gefahren ist die Sicherung der Währung schwieriger als in den letzten Jahren. Wenn sich die Zentralbank bei ihren Entscheidungen von dem Gedanken leiten läßt, die Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung im höchstmöglichen Umfang zu verbessern, dann darf sie der Unterstützung der Gewerkschaften gewiß sein, denen eine stabile Währung ebenso am Herzen liegt wie der Bank selbst.

Richard Becker